

Gaskrise

## Städtetag fordert Schutz vom Bund

**[28.06.2022] Der Deutsche Städtetag hat gefordert, die Stadtwerke in der Gaskrise unter einen Schutzschild des Bundes nehmen.**

Die Ausrufung der zweiten Alarmstufe des Notfallplans Gas wird Auswirkungen auf Städte und Menschen haben. „Die Städte sind sehr besorgt über den Gasmangel und seine Folgen. Wir müssen der Realität viel klarer ins Auge sehen und sie deutlich aussprechen. Wir wollen keine Panikmache, aber das Bewusstsein der Menschen für den Ernst der Lage muss noch geschärft werden“, erklärt Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, gegenüber der Rheinischen Post. Gleichzeitig wachse der Druck auf die Stadtwerke mit jedem Tag durch die rasant steigenden Energiepreise. Diese Preise einfach weiterzugeben an die Verbraucher, sei mit der Alarmstufe kein Automatismus. Geben die Stadtwerke die Preise ungebremst weiter, würden sich viele Menschen ihr Leben nicht mehr leisten können. Würden die Preissteigerungen nicht weitergegeben, drohten Pleiten der kommunalen Versorger. „Wir brauchen deshalb erstens keine über Nacht geschnürten Entlastungspakete mit der Gießkanne mehr, sondern gezielte Hilfen für die, die wenig haben. Und zweitens müssen die Stadtwerke unter den Schutzschild des Bundes für die Wirtschaft kommen, wenn sie in Liquiditätsnöte geraten“, sagt Lewe weiter.

(ur)

Stichwörter: Politik, Erdgas, Gaskrise, Städtetag